



Im Wiesbadener Stadtteil Schelmengraben ist ein Drittel der Bewohner auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Foto: Barbara Helfrich

Keine Erfolgsgeschichte

Wie hat Hartz IV die Gesellschaft und die soziale Arbeit verändert? Zehn Jahre nach der Reform ziehen Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen eine negative Bilanz.

Da war der alleinstehende Mann, der länger als ein Jahr ohne Gas und Strom lebte. Da ist der Vater, der Vollzeit arbeitet und trotzdem zusätzlich Hartz IV beantragen muss. Da ist der Klient, der Mitte des Monats nicht mehr in die Schuldnerberatung kommen kann, weil ihm das Geld für die Busfahrkarte fehlt. Und immer wieder sind da Kinder, die im Winter mit dünnen Schuhen in die Hausaufgabenbetreuung kommen und morgens hungrig in die Schule – Ulrike Schumacher und Conny Schneider wissen von vielen solchen Fällen zu berichten und kommen nach zehn Jahren Hartz IV zu der knappen Einschätzung: „Armut wird nur noch verwaltet.“

Die beiden gehören zur Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e.V. (ags) und

haben auch schon vor der umstrittenen Reform in dem Wiesbadener Vorort Menschen beraten, begleitet und unterstützt. Deshalb können sie gut vergleichen, was sich mit dem Wechsel vom alten Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-System zu Hartz IV geändert hat.

„Früher gab es mehr Spielraum, heute ist es nicht mehr so individuell“, sagt Ulrike Schumacher. „Utopisch“ sei vor allem, dass Menschen heute ansparen sollen für größere Anschaffungen, für die sie früher zusätzliches Geld von Sozialamt bekamen. „Das klappt nicht“.

Rund ein Drittel der 6000 Menschen, die im Schelmengraben leben, erhalten existenzsichernde Leistungen nach SGB II oder SGB XII. Damit liegt die Hochhaussiedlung am westlichen

Stadtrand deutlich über dem Wiesbadener Durchschnitt. Im städtischen Mittel sind nur 13 Prozent der Bürger auf Hartz IV angewiesen.

Doch nicht nur finanziell sei es für die Betroffenen knapper geworden, berichten die Sozialarbeiterinnen. Mit Hartz IV habe auch das Gefühl Einzug gehalten, von der Behörde streng überwacht und überprüft zu werden. Sehr schnell würden Sanktionen und Kürzungen verhängt. Auch die stetig steigenden Energiepreise setzen armen Haushalten stark zu. Mit Strom- und Gasschulden kommen viele Menschen in die Schuldnerberatung der Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e.V. Bei manchen ist die Wohnung schon kalt und dunkel, wenn sie dort Hilfe suchen.



„Armut wird nur noch verwaltet“, sagen Conny Schneider (links) und Ulrike Schumacher von der Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e. V.
Foto: Barbara Helfrich

Von einer Schuldenspirale, die oft damit beginnt, dass Menschen die Kosten für Unterkunft und Energie nicht mehr schultern können, berichtet auch Ralf Gockel. Er arbeitet beim Verein „AKTION - Perspektiven für junge Menschen und Familien“, der seit 1988 in der Gießener Nordstadt Sozialarbeit leistet. Vor anderthalb Jahren habe die Kommune bei den Wohnkosten ihre Vorgaben verschärft. Unterkünfte, die zuvor noch als angemessen galten, wurden plötzlich als zu teuer eingestuft. 800 Haushalte seien aufgefordert worden, ihre Wohnkosten zu senken. „Das ist ein Drama, denn die billigen Wohnungen, die sich die Leute suchen sollen, gibt es einfach nicht“, sagt Ralf Gockel. Nach einem halben Jahr erfolgloser Suche übernimmt das Jobcenter die Miete nicht mehr in voller Höhe. Die Betroffenen müssen versuchen, die Lücke mit Geld aus ihrem Regelsatz zu stopfen. „Aber der Regelsatz ist schon das Existenzminimum, das kann also nicht funktionieren, ohne sich an anderer Stelle zu verschulden oder sich ganz ungesund zu ernähren“, kritisiert der Gießener Sozialarbeiter.

Wie seine Wiesbadener Kolleginnen kann er die gesellschaftlichen Folgen der Hartz IV-Reform anhand von Einzelschicksalen greifbar machen. „Ich kenne mehrere Männer, die Ende 50 sind, mehr als 30 Jahre als Ungelernte gearbeitet haben und arbeitslos wurden, weil ihre Firma pleite ist“, berichtet er. „Dass ihnen keine Perspektive mehr geboten wird, hat negative Aus-

wirkungen bis hin zu depressiven Erkrankungen.“

Aber auch bei gut qualifizierten, jungen Menschen werde das Harzt IV-Versprechen vom Fordern und Fördern oft nicht eingelöst. „Ich erlebe, dass sie lediglich zu halbjährigen Bewerbungstrainings verpflichtet werden“, berichtet Ralf Gockel. „Da sitzen dann Arbeitslose mit ganz unterschiedlichem Vorwissen und ganz unterschiedlichen Voraussetzungen zusammen, was für alle sehr unbefriedigend ist.“ Vergleichsweise gut funk-



Ralf Gockel leistet in der Gießener Nordstadt Sozialarbeit. Foto: privat

niert nach seiner Einschätzung noch die Berufsförderung für Personen unter 25 Jahren. Doch wer sich erst nach dem 25. Geburtstag für eine Berufsausbildung entscheidet, habe es un-

gleich schwerer. „Dabei ist es bei Menschen, die in sozial angespannten Verhältnissen groß werden, nicht selten, dass sie in ihrer Entwicklung verzögert sind und erst sehr spät die nötige Reife für eine Ausbildung haben“, betont Ralf Gockel.

Einhellig und vernichtend ist das Urteil des Gießener Sozialarbeiters und seiner Wiesbadener Kolleginnen über das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus einkommensschwachen Familien, das es seit gut drei Jahren gibt. „Das bewährt sich nicht und die bürokratischen Hürden sind sehr hoch“, sagt Conny Schneider und Ulrike Schumacher berichtet, dass über Anträge für Zuschüsse zu Schulfreizeiten mitunter erst entschieden werde, wenn die Fahrt schon längst vorbei ist. Ralf Gockel bemängelt, dass Nachhilfe erst finanziert wird, wenn die Verletzung gefährdet ist. „Dann ist es oft schon zu spät. Viele scheuen sich auch, in der Schule offen zu legen, dass sie Hartz IV beziehen. Ohne Unterschrift der Lehrkraft ist ein Antrag nach dem Bildungs- und Teilhabepaket aber nicht möglich.“

k o n t a k t

- Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e. V.
Hans-Böckler-Str. 5 - 7
65199 Wiesbaden
Tel.: 0611 - 411 4710
E-Mail: ag-schelmengraben@web.de
- AKTION - Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V.
Schanzenstraße 18
35390 Gießen
Tel.: 0641 - 710 20
E-Mail: info@aktion-verein.org

k o r r e k t u r

In den Namen eines der neugewählten Vorstandsmitglieder des PARITÄTISCHEN Hessen hat sich in der vorigen Ausgabe ein Tippfehler eingeschlichen. Richtig heißt der neue Beisitzer Jens Mengel-Vornhagen. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

„Ich befürchte weitere Verschlechterungen“

Maria Holzenthal leitet die Sozialberatung Dreieich, eine Einrichtung der ambulanten Wohnungslosenhilfe in Trägerschaft der Paritätischen Projekte gGmbH.

„In Ballungszentren wie dem Rhein-Main-Gebiet ist es besonders schwierig, bezahlbare Wohnungen im unteren Preissegment zu finden. In diesem Bereich müssen Menschen suchen, die SGB II-Leistungen beziehen. Dazu gehören auch die wohnungslosen Menschen, die zu uns in die Sozialberatung Dreieich kommen. Obwohl diese Menschen sichere Mieter sind, da die Behörden die Wohnungen zahlen, werden neun von zehn von ihnen abgelehnt. Zusätzlich werden Wohnungen zumeist nur über Makler angeboten. Diese Kosten werden in der Regel nicht von der Behörde übernommen. Auch gibt es immer weniger sozialen Wohnungsbau.“



Maria Holzenthal

Auch bei der medizinischen Versorgung werden Hartz IV-Empfänger benachteiligt. Die Krankenkassen übernehmen nur noch Basisleistungen. Noch dramatischer ist die Situation bei wohnungslosen Menschen. Sie besitzen oft keine Krankenkassenkarte. Hinzu kommt, dass arme Menschen häufiger gesundheitlich eingeschränkt sind.

Eine Folge der Hartz IV-Gesetze ist auch, dass die Wohnungslosigkeit bei jungen Menschen wächst. Denn nur in Ausnahmefällen werden bei unter 25-Jährigen seit der Reform noch die Kosten einer eigenen Wohnung übernommen.

Durch das Bundessozialhilfegesetz von 1962 wurde ein Gesetz geschaffen, das den Grundbedürfnissen der Menschen entspricht. Neben Weihnachtsbeihilfen gab es auch Beihilfen zu Waschmaschinen, Kleidung und ähnliches. Diese sind durch die Änderung vor zehn Jahren weggefallen. Jetzt sollen die Hartz IV-Gesetze wieder geändert werden.

Ich fürchte, dass es unter den Stichworten ‚Vereinfachung‘, ‚Vereinheitlichung‘ und ‚Gleichbehandlung‘ zu weiteren Verschlechterungen für die Betroffenen kommen wird.“

„Formular-Wahnsinn gleich bei Einzug“

Ilona Geupel arbeitet beim Verein Frauen helfen Frauen, der Träger des Frauenhauses Wetterau ist.

„Ein einfacher SGB II-Antrag heute ist mindestens doppelt so dick wie ein früherer Sozialhilfeantrag. Frauen, die ins Frauenhaus flüchten, müssen diesen ‚Formular-Wahnsinn‘ gleich bei Einzug bewerkstelligen. Die meisten Frauen sind dazu alleine nicht in der Lage – bedingt durch die extreme psychische Belastung, Flucht aus der gewalttätigen Beziehung und Aufgabe der eigenen Wohnung. Wir unterstützen daher die Frauen bei der Antragstellung. Dies nimmt am Anfang des Frauenhausaufenthaltes viel Zeit in Anspruch und ist für die Frauen sehr belastend. Für die Frauen wäre es viel wichtiger, ihre Gewaltproblematik zu bearbeiten anstatt sich mit Formalitäten beschäftigen zu müssen.“

Viele Frauen können für sich und die Kinder nichts von Zuhause mitnehmen, wenn sie aus einer häuslichen



Ilona Geupel

Gewaltsituation flüchten, oder von der Polizei ins Frauenhaus gebracht werden. Früher bestand die Möglichkeit, eine einmalige Beihilfe für Kleidung zu beantragen. Dies ist nicht mehr möglich. Frauen und Kinder sind nun auf Kleiderkammern angewiesen, die nicht immer die benötigte Bekleidung vorrätig haben.

Sehr schwierig ist es für Frauen und Kinder, aus dem Frauenhaus in eine eigene Wohnung zu ziehen. Es gibt nicht ausreichend Wohnungen, die den strengen Vorgaben des Jobcenters gerecht werden. Ist diese schwierige Hürde erklommen, gibt es zwar noch die Möglichkeit einen Antrag auf eine

Erstausstattung für die eigene Wohnung zu stellen, der aber sehr gering bemessen ist. Ohne Sachspenden aus dem Frauenhaus ist die Einrichtung der Wohnung kaum zu bewerkstelligen. Besonders belastend empfinden wir, die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses, dass die Frauen und Kinder möglichst kurz im Frauenhaus verweilen sollen. Schon nach drei Monaten müssen wir begründen, warum eine Frau mit ihren Kindern noch im Frauenhaus lebt. Diese Eile wirkt sich negativ auf unsere Arbeit aus.

Wir wollen, dass jede Frau so lange bleiben kann, wie es für sie persönlich nötig ist, um stabil und gut gerüstet ein eigenständiges und gewaltfreies Leben zu beginnen.

Frauenhäuser funktionieren nur Dank guter Fundraising-Aktionen. Aber die Zeit, die wir fürs Spenden-Sammeln brauchen, fehlt uns natürlich für die Arbeit mit den Frauen und ihren Kindern.“

Fachberatung für Kitas

Exklusiv für seine Mitgliedsorganisationen startet der PARITÄTISCHE Hessen das Netzwerk PARITÄTISCHE Fachberatung für Kindertageseinrichtungen. Fachliche Schwerpunkte sind Inklusion, interkulturelle Pädagogik, Qualitätsentwicklung und Kinderschutz.



In einer dreijährigen Projektphase wird ab dem 1. Januar 2015 eine einrichtungsbezogene Fachberatung und Unterstützung für Vorstandsmitglieder, Leitungen und Teams PARITÄTISCHER Kindertageseinrichtungen aufgebaut und betrieben. Dabei kooperiert der PARITÄTISCHE Hessen eng mit den hessischen Landesverbänden des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Lebenshilfe, des Deutschen Kinderschutzbundes sowie dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften als Experten.

Der PARITÄTISCHE Hessen hat sich auf Bundes- und Landesebene bereits seit 2008 für eine Finanzierung einer Fachberatung für Kitas eingesetzt. Mit dem neuen Hessischen Kinderförderungsgesetz (KiföG) und der anteiligen Finanzzuweisung, die es ermöglicht, wird nun erstmalig in Hessen eine eigenständige PARITÄTISCHE Fachberatung ins Leben gerufen.

Ziel der Fachberatung ist es, die Förderung von Kindern im Sinne der inklusiven Bildung, Erziehung und Betreuung zu unterstützen und sicherzu-

stellen. Hierbei werden die Bedarfe der Kinder und der Eltern, die Konzeption der Einrichtung sowie der gesetzliche Auftrag des Landes Hessen und der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan berücksichtigt.

Der Vorstand des PARITÄTISCHEN Hessen hat auf seiner Vorstandssitzung am 18. Dezember 2015 den Start des Projektes mit über 100 Kindertageseinrichtungen freigegeben. Ab sofort können alle PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen dieses Angebot nutzen. Voraussetzung ist lediglich, dass sie dem Netzwerk den Auftrag erteilen und die durch das KiföG bereitgestellten Mittel an die PARITÄTISCHE Fachberatung Kita weiterleiten.

Beratung vor Ort

Die fachliche Beratung und Begleitung erfolgt grundsätzlich in einem kontinuierlichen und aufsuchenden Prozess vor Ort in den Kindertageseinrichtungen durch erfahrene sozialpädagogische Fachkräfte. Darüber hinaus werden zum Beispiel

regionale Facharbeitskreise von Kindertageseinrichtungen zu speziellen Themen wie Sprachförderung und Inklusion eingerichtet. Zudem sind überregionale Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte und Schulungen in der Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes geplant. Fachliche Schwerpunkte sind Inklusion, interkulturelle Pädagogik, Qualitätsentwicklung und Kinderschutz. Vorgesehen ist, die PARITÄTISCHE Fachberatung an mindestens zwei, gegebenenfalls auch drei hessischen Standorten mit Anbindung an die Regionalgeschäftsstellen des PARITÄTISCHEN Hessen beziehungsweise an die Netzwerkpartner anzusiedeln.

Neue Herausforderungen

Hintergrund der Initiative ist, dass Kindertageseinrichtungen, Krippen und Horte heute auf allen Feldern der frühkindlichen Bildung Enormes leisten müssen. Seit Jahren entwickelt sich das Arbeitsfeld der elementaren Bildung, Erziehung und Betreuung in rasanter Geschwindigkeit. Auch der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren stellt die Träger mit ihren Konzepten und Teams vor immer neue Herausforderungen. Zukünftig wird das Thema der Qualität in Kitas auch auf der gesetzlichen Ebene eine immer größere Rolle spielen. Darauf möchte der PARITÄTISCHE Hessen mit seinen Netzwerkpartnern vorbereitet sein und den Trägern vor Ort direkte Beratung zu Verfügung stellen.

k o n t a k t

Der PARITÄTISCHE Hessen
Marek Körner
Referent für Kinder- und Jugendhilfe
Tel.: 069 - 955 262-50
E-Mail:
marek.koerner@paritaet-hessen.org